



Prinz Michael von und zu Liechtenstein

«Ein gefährliches System in Zeiten grosser Veränderungen»

Mächte Prinz Michael von und zu Liechtenstein moniert nicht zum ersten Mal den zu starken staatlichen Eingriff, der planwirtschaftliche Züge annimmt. Er warnt vor Marktexzessen und Blasen. Doch das sind nicht die einzigen Gefahren, die am Horizont lauern. Vermögen zu schützen, wird immer herausfordernder.

INTERVIEW VON DOROTHEA ALBER

Durchleuchtet, ist Geopolitik eine unterschätzte Gefahr?

Prinz Michael von und zu Liechtenstein: Ja, es gibt natürlich verschiedene Interpretationen, aber die politische und wirtschaftliche Entwicklung wird durch eine ganze Reihe an Faktoren beeinflusst. Und dazu gehört auch der Mensch, der bekanntlich nicht immer rational entscheidet. Um die zunehmende weltweite Verflechtung in und von Politik und Wirtschaft in deren Komplexität verstehen zu können, bedarf es tiefergehender Recherchen und fachmännischer Analysen. Die Geopolitik hat die Funktion, Zukunftsszenarien auf der Grundlage von fundierten Analysen zu entwickeln. Gerade für die Vermögensverwaltung ist es sehr wichtig, die grossen Veränderungen im Blick zu haben. Eizliche Analysen fassen auf vergangene Entwicklungen und gehen dementsprechend davon aus, dass es nicht zu grossen Veränderungen kommen wird. Ein gefährliches System in Zeiten grosser Veränderungen, und in diesen befinden wir uns jetzt.

Sind geopolitische Faktoren also relevanter geworden? Sie sind wesentlich relevanter geworden, weil wir effektiv in wesentlichen Veränderungen stecken. Wenn wir auf die letzten 70 Jahre blicken, hatten wir erst ein bipolares System, dann der Sowjetunion und den USA sowie deren Verbündeten. Dann folgte ein hegemoniales System der USA, welches nun wieder in Frage gestellt wird. Daraus ergeben sich weltweit ungeheure Veränderungen. Die anstehende grosse Veränderung ist, dass vor 30 Jahren das wirtschaftliche Zentrum der Welt ganz klar der nordatlantische Raum war. Das hat sich nun nach Asien verlagert.

Ist der rückläufige Ölpreis auch eine solche neuwertige Veränderung? Rohstoffe waren immer schon ein relevanter Faktor. Dass der Ölpreis rückläufig wird, war schon vor acht Jahren vorhersehbar, allerdings wurde dies nicht zu Kenntnis ge-

nommen. Mit dem rückläufigen Ölpreis ändert sich viel. Diese Veränderung ist natürlich auch positiv, weil die Rohstoffkosten sinken. Sie kann auch negativ sein, weil dadurch weniger in die Forschung investiert wird. Die Geopolitik hilft festzustellen, wo grössere Trends hingehen – gerade auch im Rohstoffbereich.

Sind Krisen, Kriege oder etwa Rohstoffpreise für Anleger mit längerfristigem Horizont nicht zuweilen zwangsläufig? Politische Ereignisse haben einen relativen kurzfristigen Effekt. Langfristig aber ist das Wissen über geopolitische Entwicklungen relevant, weil es zum Beispiel die Wirtschaft und die Handelsströme beeinflusst. Kunden müssen privat, aber auch mit ihren Unternehmen, langfristig denken, und sie müssen Kenntnis darüber haben, welchen Einfluss die Politik und der technologische Fortschritt zum Beispiel auf Handelsströme und auf die Produktionsströme haben. Das ist auch für Anleger wichtig, wenn sie eine langfristige Strategie verfolgen.

Haben Sie eine Systematik, wie sie die Geopolitik in der Vermögensverwaltung einbezieht? Es gibt immer zwei Horizonte: das langfristige Geschäft und das Tagesgeschäft. Langfristig sprechen wir natürlich mit den Kunden darüber, welche Rechtsstrukturen ein Vermögen am besten schützen können. Jenes ist durch mehrere Einflüsse gefährdet, beispielsweise durch politische Ereignisse: Krieg, Revolution, Enteignungen. Zudem kann es durch die Finanzpolitik des eigenen Staates gefährdet sein. Staaten haben zum Teil die Tendenz, immer stärker auf Privatvermögen zuzugreifen, weil sie überschuldet sind. Daher ist eine notwendige geografische Diversifizierung so wichtig.

Sie haben die Finanzpolitik angeprochen. Greift diese also immer stärker ein? Ja, der staatliche Eingriff nimmt zu, und zwar auf mehreren Ebenen. Beispielsweise im monetären Bereich, indem die Zentralbanken nicht nur

Geldpolitik betreiben, sondern auch Fiskalpolitik, und so versucht wird, die Wirtschaft über monetäre Massnahmen zu stimulieren. Die strukturellen Probleme werden damit nicht beseitigt. Monetäre Massnahmen können kurzfristig eine Hilfe sein. Das Problem aber ist, dass Staaten das billige Geld dazu nutzen, die notwendigen Reformen in die Zukunft zu verschieben, weil sie sich so billiger finanzieren können. Wir haben zudem besonders im Finanzwesen eine Regulierungsluft, die planwirtschaftliche Züge annimmt.

Die Geldpolitik der Notenbanken – hauptsächlich der EZB – geriet heftig in die Kritik. Diese scheint aber gerade Wirkung zu zeigen? Ich glaube nicht, dass dies der Geldpolitik geschuldet ist. Ich glaube, die Wirtschaft hat sich erholt, weil Unternehmer und manche Länder Massnahmen ergriffen haben. In einigen Staaten, zum Beispiel in Deutschland, hat sich einiges am Arbeitsmarkt getan. Deutschland hat das billige Geld genutzt, um Reformen durchzuführen. Weil dies andere EU-Staaten aber nicht getan haben, ist das Ungleichgewicht im Euroraum noch stärker geworden. Und ich muss sagen, ich habe bereits mit vielen Leuten darüber diskutiert – ich weiss nicht, warum gerade zwei Prozent Inflation eigentlich die Wirtschaft ankurbeln soll?

Der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben, ist die Regulierung. Nutzt Liechtenstein die Spielräume? Der internationale Druck ist sehr gross. Ich glaube aber, dass die Regierung dennoch versucht, den Markt-aktiven Spielräume offen zu halten. Aber man könnte diese sicher noch besser nutzen. Der Trend geht leider in die Richtung, dass auch fundierte Entscheide, die sich nachträglich als ungünstig erweisen, strafrechtlich untersucht werden. Dies ist in den USA und in Europa vermehrt der Fall. Fälle werden da untersucht, erzeugen Aufwand, Reputationsschaden und Stress und verlaufen schlussendlich im Sand. Strafrechtliche Verantwortung ist richtig, aber wirklich nur

ZUR PERSON

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services AG, einem geopolitischen Beratungs- und Informationsdienst in Vaduz. Im Weiteren ist er Chairman des liechtensteinischen Treuhandunternehmens Industrie- und Finanzkontor Ets., Präsident des liberalen Think Tanks European Center of Austrian Economics Foundation und Vorstandsmitglied der liechtensteinischen Treuhandkammer.

dort, wo notwendig.

Wie ist die Lage des Finanzplatzes und der Finanzplatzakteure derzeit? Wir haben die Krise im Grunde genommen gut gemeistert, aber sie ist noch nicht vorbei. Es liegen noch grosse Aufgaben vor uns. Ich hoffe auch, dass sich im Regulierungsbereich in Zukunft eine etwas grössere Vernunft einstellen wird. Im Augenblick sind internationale und supranationale Behörden federführend in der Regulierung. Sie schieben immer mehr Gesetze nach. Ingegend wann wird es nicht mehr gehen, weil die Systeme durch die Überregulierung jetzt schon widersprüchlich sind. Zu viele Vorschriften, das ist vergleichbar mit zu viel Geld drucken. Es entsteht eine Inflation und dann funktioniert das System nicht mehr. Wir befinden uns mit Blick auf die Regulierung auf dem besten Weg dorthin. Ich glaube, die Finanzmarktaufsicht sieht hier manchmal die enormen Kostenfolgen für die Unternehmer nicht. Diese sind gewaltig. Wir haben bereits ein Kos-



«Wenn Geld zu billig ist, muss es Blasen geben. Das war auch der Grund der Subprime-Crisis.»

Prinz Michael von und zu Liechtenstein, Chairman des Verwaltungsrates des Industrie- und Finanzkontor Ets. und der Geopolitical Intelligence Services AG

tenproblem, weil wir ein Land mit teuren Strukturen sind.

Ist Mifid 2 gerade die grösste Herausforderung? Ja, auch wenn diese Regulierung primär die Banken betrifft. Aber es ist das Sahnehäubchen und nimmt wieder viel zusätzliche Zeit in Anspruch. Wir müssen jedes Mal Daten neu klassifizieren, obwohl es eigentlich keinen Nutzen bringt, weder dem Kunden noch der Kontrolle. Ich hoffe, dass wir in eine Phase kommen werden, in der wenige, dafür aber griffige Regulierungen das Bild prägen werden.

Das Ziel von Mifid 2 ist eigentlich Anlegerschutz. Das wäre eigentlich positiv? Das wäre das Ziel und ich bin sehr für den Anlegerschutz, aber mit so vielen und detaillierten Regeln wird dies nicht erreicht. Im Jahr 2007 und 2008 hat die Krise begonnen und zwar im Finanzsystem – dem am höchsten regulierten Bereich der Wirtschaft.

Was sehen Sie generell als grosse Gefahren wie beispielsweise Krieg absehen, dann orte ich die grösste Gefahr in der Fragilität des Geldes, was direkt mit der staatlichen Schuldenpolitik und der Zentralbankpolitik zu tun hat.

Sie meinen damit die Gefahr von Marktexzessen und die Gefahr von Blasen? Wenn Geld zu billig ist, muss es Blasen geben. Das war auch der Grund der Subprime-Crisis. Weil das Geld nichts gekostet hat, wurde es in Immobilien gesteckt und so entstand ein rein künstlicher Boom. Ich glaube, dass wir schon wieder Ansätze von Blasen haben. Die Schulden der privaten Haushalte gerade über Kreditkarten steigen sehr stark, die Fremdfinanzierung von Autos nimmt zu und die Immobilienpreise sind extrem hoch. Auch die Aktiensägeteils bewegen sich auf höchstem Niveau. Dass daraus eine Blase entstehen kann, ist völlig logisch, nicht überraschend und eigentlich fast notgedrungen.

Gibt es noch weitere Gefahren, die am Horizont auftauchen? Der steigende Protektionismus in der Handelspolitik, und damit meine ich nicht unbedingt Präsident Trump. Diesen Protektionismus gab es schon zu der Zeit von Präsident Obama und es gibt ihn auch in Europa. Auch fürchte ich, dass irgendwann durch die steigende Bürokratisierung Effizienz und Innovationskraft verloren gehen. Neben der politischen Gefahr sehe ich diese als grösste Gefahr. Im politischen, langfristigen Bereich bestehen enorme Spannungen zwischen den USA und China, aber auch zwischen den USA und Russland. Hinzu kommt die anhaltende Migrationsbewegung.